



AUFS **RICHTIGE**
PFERD SETZEN.

Beschlussbuch

Antragspaket 1

Landesparteirat SPD-Niedersachsen

12. November 2016

An den Landesparteirat überwiesene Anträge
des Landesparteitages am 09.04.2016

Inhaltsverzeichnis

5. Innen und Recht 5

5.1.	Unterbezirk Göttingen - Resolution zu PEGIDA.....	5
5.2.	UB Gifhorn - Kommunalverfassung/Akteneinsicht	6
5.3.	UB Gifhorn - Kommunalpolitik verjüngen	7
5.4.	UB Oldenburg-Land - Steigerung der Wahlbeteiligung und Verbesserung Bürgerdialog	8
5.5.	UB Uelzen-Lüchow-Dannenberg - Umfassende Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten - Misstrauen vorbeugen, Vertrauen stärken.....	11
5.6.	UB Uelzen-Lüchow-Dannenberg - Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens in Niedersachsen	12
5.7.	Bezirk Braunschweig - Kommunalwahlrecht für alle.....	13
5.8.	UB Emsland - Kommunen stärken, durchgängiges Konnexitätsprinzip	13
5.9.	Bezirk Weser-Ems - Finanzausstattung der Kommunen neu regeln	14
5.10.	UB Osnabrück-Stadt - Stärkung der Finanzlage der Kommunen und Bundesländer verbessern und Eigenstaatlichkeit verankern	14
5.11.	Unterbezirk Göttingen - Überlastung des Rechtsstaats beenden – mehr Personal für Gerichte und Staatsanwaltschaften	15
5.12.	Unterbezirk Göttingen - Gegen ein Familienwahlrecht – Stärkung der Familienpolitik	16
5.13.	Unterbezirk Göttingen - Vorratsdatenspeicherung ablehnen – Kein Zurückfallen in alte sicherheitspolitische Reflexe	17
5.14.	Kreisverband Wilhelmshaven - Offenlegung von Aufsichtsratsbezügen	18
5.15.	Kreisverband Wilhelmshaven - Offenlegung von Außertariflichen Gehältern.....	19
5.16.	Kreisverband Wilhelmshaven - Ausschreibung von Positionen im Öffentlichen Dienst	19
5.17.	Jusos Niedersachsen - Für eine humane Gesellschaft in einem sicheren und demokratischen Staat.....	20

8. Gesundheit22

8.1.	Stadtverband Göttingen - Personelle Ausstattung in Psychiatrien	22
8.2.	UB Friesland - Breiteres Bewertungssystem bei Pflege-TÜV	25
8.3.	Bezirk Weser-Ems - Benotungssystem Pflege	26
8.4.	Bezirk Weser-Ems - Bürgerversicherung	26
8.5.	Juso Landesverband - Verantwortung zeigen für eine emanzipatorische und regulative Cannabispolitik	27

1	11. Sonstiges.....	31
2	11.1. UB Northeim-Einbeck - Schluss mit unnötigen Doppelstrukturen: Berlin-Bonn-Gesetz	
3	aufheben.....	31
4	11.2. UB Northeim-Einbeck - Stärkere internationale Ächtung der Todesstrafe.....	31
5	11.3. UB Northeim-Einbeck - Einschränkungen der Bürger-, Menschen- und Freiheitsrechte nicht	
6	weiter vorantreiben.....	32
7	11.4. Bezirk Weser-Ems - Aufhebung des Friedhofszwangs in Niedersachsen.....	32
8	11.5. SPD-Bezirk Hannover - We Want Sex Equality! – Grundlagen einer feministischen	
9	Gesellschaft	33
10	11.6. Jusos Niedersachsen - Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen – VW Flugzeugflotte in	
11	Deutschland registrieren!.....	35
12		

1 Kapitel 5, 8 und 11 des Landesparteitages vom 09.04.2016

2 Überwiesen an den Landesparteirat zur abschließenden Beratung

3 5. Innen und Recht

4 5.1. Unterbezirk Göttingen - Resolution zu PEGIDA

5 Die Demonstrationen der Gruppe PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des
6 Abendlandes) sind rassistisch und ideologisch geprägte Veranstaltung, die wir als SPD auf das
7 schärfste ablehnen. Es ist daher die Aufgabe der SPD und aller ihr nahestehenden Organisationen,
8 das wahre Gesicht von PEGIDA zu entlarven und klarzustellen, dass unsere Gesellschaft eine bunte
9 und vielfältige ist.

10 Begründung:

11 Die Organisator_innen von PEGIDA erheben für sich den Anspruch das „deutsche Volk“ zu
12 repräsentieren. Dabei bestehen sie lediglich aus einer stark homogenen Gruppe, die nicht eine
13 vermeintliche Mehrheit oder sogar die Gesamtheit der Bevölkerung darstellt. Auch verkennen sie,
14 dass die deutsche Gesellschaft heute mehr denn je eine vielfältige ist. Und das ist auch gut so!
15 PEGIDA schürt jedoch Ängste gegen diese Vielfalt. Und dabei insbesondere gegen die schwächste
16 Gruppe in unserer Gesellschaft, den Flüchtlingen. Seit geraumer Zeit war Fremdenhass nicht mehr so
17 von der Mitte der Gesellschaft akzeptiert, wie seit PEGIDA. Jedoch ist diese Organisation nicht mehr
18 die einzige Gruppe. Seit geraumer Zeit bilden sich nun schon diverse Ableger. Allen voran LEGIDA.
19 Diese Gruppe zeichnet sich durch eine noch stärkere Radikalität aus, indem sie obskure Forderungen
20 wie ein Ende des "Kriegsschuldskults" fordert. Eine Formulierung die man sonst nur aus Neonazi-
21 Kreisen gewohnt ist. Diese und weitere Ableger, wie auch der noch in der Entstehung befindliche
22 Verein "Direkte Demokratie für Europa", müssen - genau wie PEGIDA - gemeinsam politisch
23 bekämpft werden.

24 Die Demonstrierenden verbreiten nicht nur islamophobe und ausländerfeindliche Parolen. Sie
25 formulieren teils rechtskonservative bis extrem rechtsradikale Positionen. Sie glauben, dass ihre
26 Warnungen längst überfällig sind und dass ihre Analyse von der Mehrheit geteilt wird. Sie verbreiten
27 Angst auf der Basis von Vorurteilen. Dabei stellen sie sich selbst oftmals als eine von den Medien
28 ausgegrenzte und denunzierte Gruppe dar. Ihr Vokabular instrumentalisiert historische Begriffe, wie
29 die 1989 benutzte Parole „Wir sind das Volk“ und verkehrt sie ins Gegenteil. Die Demonstrant_innen
30 von damals wollten Freiheit für alle. PEGIDA will dagegen Freiheit nur für wenige.

31 Wer seine Konflikte auf dem Rücken von Flüchtlingen austrägt oder diffuse Ängste nutzt, um sich auf
32 Kosten von Asylsuchenden zu profilieren, disqualifiziert sich für einen Dialog mit der Spitze der SPD.
33 Wer gegen Flüchtlinge hetzt, muss akzeptieren als Rassist_in bezeichnet zu werden. Daher lehnen
34 wir den Dialog zwischen Sigmar Gabriel und PEGIDA aufs Schärfste ab. Eine Gruppe von

1 menschenfeindlich argumentierenden Akteuren stellt keinen ausreichenden Grund dar, um als
2 Parteivorsitzender einer linken politischen Partei mit den Mitgliedern von diesen zu reden.
3 Stattdessen fördert ein Dialog auf dieser hohen Ebene lediglich die mediale Präsenz der Gruppe und
4 zugleich auch den Eindruck, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei fische nach Stimmen
5 am rechten Rand, was keinesfalls erstrebenswert sein kann. Stattdessen muss klar kommuniziert
6 werden, dass wir Fremdenhass und Menschenfeindlichkeit keinesfalls dulden. Es muss deutlich sein,
7 dass die Ängste, die PEGIDA schürt, unbeachtlich sind und dass unsere Gesellschaft eine tolerante
8 und weltoffene ist. Dies auch den Demonstrant_innen von PEGIDA und seinen Ablegern zu
9 vermitteln ist auch Aufgabe der politischen Parteien vor Ort. Die lokale Politik muss klarstellen, dass
10 sie ihre Sorgen wahrnimmt und erkennt. Sie muss aber ebenso deutlich machen, dass
11 Fremdenfeindlichkeit nie die Antwort sein darf.

12 Auch wenn die Bewegung rund um PEGIDA derzeit abzuebben scheint, so wird das Grundproblem
13 auch nach dem endgültigen Verschwinden der Organisation noch vorhanden sein: Das Gedankengut
14 der bis zu 17.000 Menschen, die sich bereiterklärt haben an diesen Demonstrationen mitzuwirken.
15 Sie und ihre Sympathisanten stammen zu großen Teilen aus der Mitte der Gesellschaft und sie
16 werden auch nach Ende der Demonstrationen nicht so einfach verschwinden. Eine Verschärfung des
17 Asylrechts ist strikt abzulehnen. Stattdessen kann die Antwort nur eine offene Willkommenskultur
18 sein, die wir auf allen Ebenen fördern müssen.

19 **Beschluss (einstimmig):**

20 *Annahme.*

21 **5.2. UB Gifhorn - Kommunalverfassung/Akteneinsicht**

22 **Der Parteitag möge beschließen:**

23 Nach § 58 Abs. 4 NKomVG überwacht die Vertretung die Durchführung ihrer Beschlüsse sowie den
24 sonstigen Ablauf der Verwaltungsangelegenheiten. Sie kann zu diesem Zweck vom Hauptausschuss
25 und von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten die erforderlichen
26 Auskünfte verlangen. Wenn ein Viertel der Mitglieder der Vertretung oder eine Fraktion oder
27 Gruppe dies verlangt, ist einzelnen Abgeordneten Einsicht in die Akten zu gewähren. Diese Rechte
28 gelten nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung unterliegen.

29 Das Nds. OVG, Urt. v. 18.03.2014 – 10 LB 91/13 hat entschieden, dass die Ratsmitglieder die
30 Akteneinsicht hinreichend darzulegen haben und eine Begründung erforderlich ist.

31 Zur Einleitung zum niedersächsischen Kommunalverfassungsrecht (NKomVG) war die Zielsetzung
32 des Gesetzes „ehrenamtsfreundlicher“ und „moderner“ zu werden. Es war der ausdrückliche
33 Anspruch der Ministerien ein „ehrenamtsfreundliches“ Gesetz zu schaffen.

34 Das Gerichtsurteil widerspricht dem Grundsatz.

1 Der o. g. Paragraph soll um den Passus ergänzt werden, dass den Mitgliedern der Räte, ohne Angabe
2 von Gründen Akteneinsicht gewährt werden muss.

3 **Beschluss (bei 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen):**

4 *Ablehnung.*

5 **5.3. UB Gifhorn - Kommunalpolitik verjüngen**

6 **Der Parteitag möge beschließen:**

7 Kommunalpolitik verjüngen - Jusos stärken!

8 Der Parteitag möge beschließen, sich dafür einzusetzen, dass auf allen Listen zur Kommunalwahl ein
9 Juso, also ein SPD-Mitglied, welches das 36. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, auf einer der ersten
10 vier Listenplätzen steht.

11 **Begründung:**

12 Die Kommunalpolitik leidet bekanntermaßen unter personeller Überalterung. Unserer Meinung nach
13 ist es wichtig, dass sich mehr junge Leute in der Kommunalpolitik engagieren. Die Listen sollten
14 neben beiden Geschlechtern auch möglichst alle Alters- und Berufsgruppen abdecken, um so viele
15 Stimmen wie möglich einzufahren. Da junge Menschen nachweislich auch jüngere Kandidaten
16 bevorzugen, können so viele zusätzliche Stimmen geholt werden, die sonst vielleicht verloren wären.
17 Ebenso wichtig ist es, dass auch die Interessen junger Menschen in den kommunalen Gremien
18 vertreten werden, insbesondere im Hinblick auf die verstärkte Abwanderung von jungen Männern
19 und vor allem jungen Frauen aus unserem Landkreis.

20 Durch aussichtsreiche Listenplätze werden Anreize geschaffen, sich in der Kommunalpolitik zu
21 engagieren und ein Mandat zu übernehmen.

22 Solange, zu meist ältere Herren, sich die Plätze 1-5 auf einer Liste untereinander aufteilen, bleibt für
23 junge Leute wenig Platz. Dieser Zustand muss verändert werden! Wenn junge Leute kandidieren
24 möchten, müssen sie auch eine echte Chance haben, gewählt zu werden. Da sie in den Gemeinden
25 und Samtgemeinden aber meist unbekannter und weniger gut vernetzt sind als ältere
26 Politiker_innen, ist der Weg über die Liste oft die einzige Möglichkeit ein Mandat zu bekommen.

27 Junge Leute in Kommunalgremien sorgen für frischen Wind und neue Ideen, wovon die Partei vor
28 Ort enorm profitieren kann. Außerdem geben wir jüngeren Mitgliedern Aussicht auf Mitgestaltung
29 und können so wieder mehr junge Mitglieder gewinnen, die die Interessen der SPD auch in Zukunft
30 vertreten können, wenn ältere Genoss_innen in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen. Integriert
31 man die jungen Leute von Anfang an in die kommunalpolitische Arbeit, können sie viel von

1 erfahrenen Genoss_innen lernen und Erfahrungen sammeln. So übernehmen Sie nicht völlig
2 unvorbereitet Aufgaben, die von älteren Parteimitgliedern abgegeben werden.

3 **Beschluss (bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen):**

4 *Annahme in folgender Fassung:*

5 *Der Parteitag fordert alle Gliederungen auf ~~möge beschließen, sich dafür einzusetzen~~, dass auf allen*
6 *Listen zu Kommunalwahlen ein Juso, also ein SPD-Mitglied, welches das 36. Lebensjahr noch nicht*
7 *vollendet hat, auf einer der ersten vier Listenplätzen steht.*

8 **5.4. UB Oldenburg-Land - Steigerung der Wahlbeteiligung und**
9 **Verbesserung Bürgerdialog**

10 Der SPD-Landesparteitag bittet die SPD-Landtagsfraktion, zur Steigerung der Wahlbeteiligung im
11 Niedersächsischen Landtag eine ähnliche Diskussion voranzubringen – wie der Schleswig-
12 Holsteinische Landtag mit seiner Drucksache 18/2532 vom 28.11.2014. Die dort aufgeführten
13 Maßnahmen sollen auch im Niedersächsischen Landtag geprüft und realisiert werden:

14 Der UB-Vorstand (Anm.: Oldenburg) wird beauftragt, ebenfalls entsprechende Gespräche mit dem
15 Vorstand des Städte- und Gemeindebunds im Landkreis Oldenburg zu führen.

16 **Begründung:**

17 Wir möchten hiermit eine ähnliche Diskussion wie im Schleswig-Holsteinischen Landtag
18 voranbringen und beantragen auf Landesebene folgende Maßnahmen zu prüfen und zu realisieren:

- 19 1. Die Wahlbenachrichtigungen werden in Sprache und Design weniger "behördlich" und für
20 alle Bürger verständlicher, übersichtlicher und ansprechender gestaltet.
- 21 2. Wahlinformationen werden in den wichtigsten Migrantensprachen verfasst und ausgelegt
22 bzw. ausgehändigt.
- 23 3. Im Falle einer Stichwahl werden die Bürger über den Termin der Stichwahl erneut informiert.
- 24 4. Die Wahlunterlagen/Wahlscheine werden barrierefrei gestaltet, z.B. durch die Verwendung
25 von Parteilogos neben dem Parteinamen.
- 26 5. In der Wahlbenachrichtigung wird deutlicher und verständlicher auf die Möglichkeit der
27 Briefwahl oder der Möglichkeit zur Stimmabgabe vor der Wahl hingewiesen und die
28 Briefwahlunterlagen werden zusammen mit der Wahlbenachrichtigung verschickt.
- 29 6. Die Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale am Wahltag, Einführung von mehreren
30 Wahltagen und Einrichtung von mobilen Wahlkabinen z.B. in Supermärkten. Eine Anfrage
31 hierzu der AG 60 Plus im Landkreis Oldenburg wurde von der niedersächsischen
32 Landeswahlleiterin wie folgt beantwortet: (siehe * in Begründung)

- 1 7. Die Möglichkeiten von Online-Wahlen sollen geprüft werden.
2 Es werden hier zwar durchaus mögliche Risiken gesehen und das Bundesverfassungsgericht
3 hat am 3. März 2009 ein Urteil über den Einsatz von Wahlautomaten bei Bundestagswahlen
4 gefällt, wonach der Einsatz elektronischer Wahlgeräte voraussetzt, dass die wesentlichen
5 Schritte der Wahlhandlung und der Ergebnisermittlung vom Bürger zuverlässig und ohne
6 besondere Sachkenntnis überprüft werden können. Das Gericht kommt zu dem Schluss, dass
7 diese Voraussetzung in der näheren Zukunft nicht erfüllt werden kann. Allerdings gibt es
8 gerade im technischen Bereich seit diesem Zeitpunkt weitergehende Fortschritte.
9 Estland ist das einzige Land in Europa, in dem derzeit online-Wahlen möglich sind und es
10 wird angeregt, bei der Diskussion dieses Punktes auf die Erfahrungen aus Estland
11 zuzugreifen.
- 12 8. Als wichtiges Organ für die politische Information, gerade auch im Schulbereich, wird die
13 Landeszentrale für politische Bildung angesehen. Diese soll in Niedersachsen neu
14 konzeptioniert und wieder eingeführt werden.
- 15 9. Die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Schulen, in der Ausbildung und in
16 Kommunen sind wichtig und zu stärken. So können z.B. Schulen gebeten werden, Politik,
17 auch Kommunalpolitik, im Unterricht zu thematisieren. In den Bereichen Lehrplanarbeit und
18 Bildungsstandards ist vorzusehen, dass politische Bildung verbindlich im Unterricht aller
19 Alters- und Klassenstufen berücksichtigt wird. In Zeiten von Wahlen sind neben inhaltlichen
20 Themenblöcken Projekte mit Probewahlen, Workshops und Planspielen sowie fundierter
21 Wahlnachbetrachtung vorzusehen. Demokratie muss erlebbar sein. Die Einrichtung von
22 Jugendparlamenten, deren Mitglieder dann auch ihre Ideen in den Ausschüssen vorstellen,
23 ist hierbei eine unterstützende Möglichkeit, Kinder und Jugendliche mehr einzubeziehen.
- 24 10. Eine „Kleine Staats- und Wahlkunde“ nach Schweizer Vorbild wird an alle Wahlberechtigten
25 versandt, in der jede Partei ein kurzes Selbstportrait veröffentlichen kann und in der in
26 einfacher Sprache die Wahlen und das Wahlsystem erläutert wird. Dies schafft mehr
27 Transparenz in der Frage, wodurch sich die einzelnen Parteien voneinander unterscheiden
28 und inwiefern der Wahlausgang einen Unterschied macht. Dies könnte z.B. über die
29 Landeszentrale für politische Bildung auf Landesebene erfolgen. Aber auch auf kommunaler
30 Ebene sollte dies gefördert und unterstützt werden.
- 31 11. Die Bürgerbeteiligung wird gefördert, z.B. über ein Internet-Beteiligungsportal des Landes,
32 auf dem unter anderem wichtige Gesetzgebungsvorhaben öffentlich diskutiert werden
33 können.
- 34 12. Um dem Bürger mehr Einflussmöglichkeit zu geben, ist zu prüfen, ob das starre Listenprinzip
35 aufgehoben und es dem Wähler ermöglicht wird, mehrere Stimmen auf mehrere Listen zu
36 verteilen oder auf einzelne Kandidaten zu vereinen.
- 37 13. Die hier aufgestellte Liste ist keinesfalls abschließend zu sehen, sondern soll ein Anstoß zur
38 Diskussion sein, bei der natürlich auch noch weitere Ideen mit einfließen können und sollen.

39 Die Wahlbeteiligung ist in den letzten Jahren stetig rückläufig und die Politikverdrossenheit nimmt
40 zu, was sich in extremen Auswüchsen in Demonstrationen der PEGIDA-Bewegung zeigt. Dabei ist
41 gerade die Wahl und die politische Willensbildung Voraussetzung und Grundlage unserer
42 Demokratie. Wesentlicher Beitrag für die politische Willensbildung und gegen Politikverdrossenheit
43 muss transparentes politisches Handeln sein, sei es durch Aktionen wie z.B. Tag der offenen Tür im

1 Landtag aber ganz besonders auch durch den politischen Dialog mit den Bürgern vor Ort. Dies ist
2 eines der wichtigsten Kriterien, um Politik und Demokratie erlebbar zu machen. Das Recht, seine
3 Stimme nicht abzugeben, ist ebenso als demokratische Willenskundgebung zu sehen, wie das Recht,
4 zur Wahl zu gehen. Die Ablehnung der Wahl bedeutet nicht zwangsweise die Ablehnung der
5 Demokratie. Das zum Teil zerrüttete Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Bevölkerung ist
6 jedoch als Risiko für unser demokratisches System zu sehen. Hier sind die politischen Vertreter vor
7 Ort und die Parteien gefragt, dem Wähler ein besseres Beteiligungsangebot und bessere
8 Wahlmöglichkeiten zu geben, denn Demokratie lebt von Beteiligung. Darüber hinaus stellt aber auch
9 der Ablauf einer Wahl und die Informationen über eine Wahl einige Bürger vor Probleme, die man
10 durch eine "Modernisierung" einiger Abläufe vermeiden kann.

11 *

12 "Der von Ihnen angesprochene Vorschlag orientiert sich am schwedischen Modell. In Schweden
13 finden seit den 70er Jahren die Kommunal-, Regional- und Parlamentswahlen alle vier Jahre an
14 einem Tag, nämlich am zweiten Sonntag im September (bis einschließlich der Wahl 2010 am dritten
15 Sonntag) statt. Kann eine Wählerin oder ein Wähler am Wahltag die Stimme nicht abgeben, so darf
16 sie oder er dies schon 18 Tage vor der Wahl in eigens dafür eingerichteten Wahllokalen tun. In jeder
17 Kommune befindet sich davon mindestens ein Wahllokal, meistens in Supermärkten. Die
18 Wahlberechtigten sind nicht an das ihrem Wohnsitz nächstliegende Wahllokal gebunden. Sie können
19 in jedem Wahllokal ihre Stimme abgeben.

20 Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist es nach geltendem Wahlrecht möglich, bereits vor dem
21 eigentlichen Wahltag zu wählen. Dafür ist erforderlich, dass die Wählerin oder der Wähler
22 Briefwahlunterlagen beantragt. Sofern die Person die Unterlagen bei der Gemeinde (oder
23 Samtgemeinde) persönlich abholt, hat sie die Möglichkeit, die Briefwahl an Ort und Stelle
24 auszuüben. Für diesen Zweck werden in den Gemeindegebäuden (i.d.R. im Rathaus) Briefwahlstellen
25 eingerichtet (§ 27 Abs. 5 Europawahlordnung (EuWO), § 28 Abs. 3 Bundeswahlordnung (BWO), § 57
26 Abs. 4 Niedersächsische Landeswahlordnung (NLWO), § 53 Abs.5 Niedersächsische
27 Kommunalwahlordnung (NKWO)). Diese Briefwahlstellen werden in der Regel durch
28 Gemeindebedienstete besetzt. Die Wahl in Supermärkten wäre damit lediglich eine Verlagerung der
29 bisherigen Briefwahlstelle im Rathaus zum Supermarkt. Eine deutlich höhere Anzahl an
30 Wahlvorständen und damit an Wahlhelferinnen und Wahlhelfern ist dadurch nicht erkennbar. Die
31 vorzeitige Stimmabgabe ist in Schweden die einzige Möglichkeit, bei Abwesenheit am Wahltag die
32 Stimme abgeben zu können, denn eine allgemeine Briefwahl – wie in der Bundesrepublik
33 Deutschland – ist in Schweden nur für sich im Ausland aufhaltende wahlberechtigte Personen
34 möglich. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Wahl gehen kann, darf dies nur mit Hilfe eines
35 "Bud" (Botin/Boten) tun. In den ländlicheren Teilen Schwedens können auch die
36 Landbriefträgerinnen und Landbriefträger als Botinnen bzw. Boten fungieren.

37 Sollte sich der deutsche Gesetzgeber entsprechend dem Vorschlag aus Schleswig-Holstein
38 entscheiden, an mehr als einem Tag wählen zu lassen und die Öffnungszeiten der Wahllokale zu
39 verlängern, dann ist davon auszugehen, dass auch der Bedarf an Wahlvorständen und damit
40 ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern steigen wird. Der Bereitschaft, ein Wahlehenamt
41 über mehrere Tage zu übernehmen, ständen berufliche und private Verpflichtungen der Einzelnen
42 gegenüber."

1 **Beschluss (bei 1 Enthaltung):**

2 *Annahme in folgender Fassung:*

3 *Der SPD-Landesparteirat bittet die SPD-Landtagsfraktion, zur Steigerung der Wahlbeteiligung im*
4 *Niedersächsischen Landtag eine ähnliche Diskussion vorzubringen – wie der Schleswig-*
5 *Holsteinische Landtag mit seiner Drucksache 18/2532 vom 28.11.2014. Die dort aufgeführten*
6 *Maßnahmen sollen auch im Niedersächsischen Landtag geprüft und ggfs. realisiert werden:*

7 *Der UB-Vorstand (Anm.: Oldenburg) wird beauftragt, ebenfalls entsprechende Gespräche mit dem*
8 *Vorstand des Städte- und Gemeindebunds im Landkreis Oldenburg zu führen.*

9 *Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion.*

10 **5.5. UB Uelzen-Lüchow-Dannenberg - Umfassende Kennzeichnungspflicht**
11 **für Polizistinnen und Polizisten - Misstrauen vorbeugen, Vertrauen**
12 **stärken**

13 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen
14 und Polizisten in Niedersachsen einzusetzen und einen entsprechenden Antrag in den
15 niedersächsischen Landtag einzubringen. Diese Kennzeichnung soll nach dem Vorbild anderer
16 Bundesländer (u. a. Rheinland-Pfalz und Brandenburg) aus einem individualisierten, aber
17 anonymisierten Nummer- und oder Buchstabencode bestehen, der für Außenstehende keinerlei
18 Rückschluss auf die Person ermöglicht. Dieser Rückschluss soll nur für Personen, die an einem
19 Ermittlungsverfahren durch die Strafverfolgungsbehörden beteiligt sind, möglich sein.

20 Diese Kennzeichnung soll bei allen Einsätzen, auch und gerade in geschlossenen Einheiten bei
21 Demonstrationen und anderen Großveranstaltungen gelten.

22 Dieser Schritt ist aus unserer Sicht wichtig, um zum einen eine effizientere Strafverfolgung von
23 Straftaten einzelner Polizistinnen und Polizisten zu gewährleisten und zum anderen, um genau
24 dadurch das Vertrauen und die Polizei als Ordnungshüter zu stärken.

25 **Zur Begründung:**

26 Leider kommt es gerade bei Großeinsätzen in geschlossenen Einheiten in Ausnahmefällen zu
27 rechtswidrigen Gewaltanwendungen durch einzelne Polizistinnen oder Polizisten. Diese
28 möglicherweise rechtswidrigen Gewaltanwendungen sind im Nachhinein schwer gerichtlich zu
29 überprüfen. Der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass potentielle Täter in der Regel nicht ermittelt
30 werden können. Dies führt in der Regel dazu, dass Ermittlungsverfahren gegen Polizisten eingestellt
31 werden, ohne überhaupt nur vor Gericht zu gelangen. Dies geschieht bei derartigen
32 Ermittlungsverfahren häufiger als bei irgendwelchen anderen Personengruppen.

1 Wenn die Betroffenen bei der Anzeige die Person der vermeintlichen Täterin/des vermeintlichen
2 Täters beschreiben wollen, können sie aufgrund der Einsatzuniformen in der Regel höchstens
3 feststellen, ob sich es um eine Frau oder einen Mann gehandelt hat und aus welchem Bundesland
4 die Person stammt. Gerade für Laien ist es aber darüber hinaus schwierig, genaue
5 Einheitszugehörigkeiten zu erkennen, die eine Identifizierung ermöglichen würden, geschweige
6 denn eine genaue Personenbeschreibung. Eine effiziente Strafverfolgung ist so kaum möglich. Aber
7 gerade die ist unserer Ansicht nach von großer Bedeutung. Gerade bei der Polizei, als Vertreterin der
8 staatlichen Gewalt, muss das berechnete Vertrauen vorhanden sein, dass das Fehlverhalten
9 einzelner effizient und konsequent verfolgt wird. Ist dieses Vertrauen in einen effizienten Umgang
10 mit solchen Taten Einzelner nicht vorhanden, kann dies zu einem Vertrauensverlust in die Polizei als
11 Ganzen führen. Aber gerade auf dieses Vertrauen ist auch die Polizei angewiesen.

12 Eine Stigmatisierung der Polizistinnen und Polizisten lehnen wir strikt ab. Wir sind uns der
13 angespannten Personalsituation der Polizei insgesamt und die Belastungen der einzelnen
14 Polizistinnen und Polizisten bewusst. Die weit überwiegende Anzahl an Polizistinnen und Polizisten
15 begeht solche Taten nicht, es sind die Taten einzelner. Aber gerade diese Taten einzelner und die
16 mangelhafte juristische Aufarbeitung solcher Taten sind es, die die Polizei in ihrer Gesamtheit
17 gelegentlich in einem schlechten Licht dastehen lassen. Dem wollen wir mit der
18 Kennzeichnungspflicht entgegenwirken.

19 In Niedersachsen wird laut Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und den Grünen eine solche
20 Kennzeichnungspflicht „angestrebt“.

21 Wir fordern, dass aus dem Bestreben endlich Taten resultieren. Andere Bundesländer, wie z. B.
22 Rheinland-Pfalz, Berlin und Brandenburg, haben gezeigt, dass eine solche Kennzeichnung keineswegs
23 zu einer Zunahme von Anzeigen gegen Polizistinnen und Polizisten führt, wie Kritiker gerne
24 behaupten. In Berlin beispielsweise wurden 2009 1698 Anzeigen gegen Dienstkräfte aufgenommen,
25 im Jahr 2012 1436 Fälle. Auch Eingriffe in die Privatsphäre einzelner Polizist_innen konnte bisher
26 nicht beobachtet werden. Wir halten die Kennzeichnungspflicht, die auch im Sinne der
27 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist, auch in Niedersachsen daher für geboten.

28 ***Beschluss (bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen):***

29 *Erledigt durch Koalitionsvertrag.*

30 **5.6. UB Uelzen-Lüchow-Dannenberg - Wiedereinführung des** 31 **Widerspruchsverfahrens in Niedersachsen**

32 In Niedersachsen soll generell das Widerspruchsverfahren als Rechtsmittel im Verwaltungsverfahren
33 wieder eingeführt werden. Das Widerspruchsverfahren muss so organisiert werden, dass die
34 Prüfung des Widerspruchs von einer anderen Stelle vorgenommen wird.

1 **Zur Begründung:**

2 Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte unter dem Deckmantel der Verwaltungsvereinfachung in
3 weiten Teilen das Widerspruchsverfahren abgeschafft. So wurden Menschen, die mit
4 Entscheidungen von Verwaltungen nicht einverstanden sind, gezwungen entweder auf Rechtsmittel
5 zu verzichten oder aber den direkten Weg in ein gerichtliches Verfahren zu gehen. Die mit dem
6 gerichtlichen Weg verbundenen Kosten stellten dabei oft eine Abschreckung dar. Trotzdem führte
7 diese Abschaffung zu einem erheblichen Anstieg der Verfahren bei den Gerichten, die schnell unter
8 der zunehmenden Arbeitsbelastung litten.

9 **Beschluss (bei 8 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen):**

10 *Ablehnung.*

11 **5.7. Bezirk Braunschweig - Kommunalwahlrecht für alle**

12 Wir fordern die Bundesregierung auf, sich weiterhin für die Einführung eines kommunalen
13 Wahlrechts für Drittstaatsangehörige einzusetzen, indem der Artikel 28 des Grundgesetzes
14 entsprechend geändert wird.

15 **Beschluss (einstimmig):**

16 *Erledigt durch Handeln der SPD-Landtagsfraktion.*

17 **5.8. UB Emsland - Kommunen stärken, durchgängiges Konnexitätsprinzip**

18 Die SPD wird sich auf allen Ebenen (Land Niedersachsen, Bund, Europäische Union) dafür einsetzen,
19 dass der jeweilige Gesetzgeber alle Kosten trägt, die den Kommunen durch die ihnen übertragenen
20 Aufgaben entstehen. (Konnexitätsprinzip)

21 **Begründung:**

22 Kommunen stellen die Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger bereit. Die unmittelbare
23 Lebenswirklichkeit der Menschen wird durch Kindertagesstätten und Schulen, durch Sicherheits- und
24 Rettungsdienste, durch Sport- und Freizeiteinrichtungen, durch Straßen und Wohngebiete, durch die
25 Förderung von Kunst und Kultur und vieles andere mehr gestaltet. Dazu müssen die Kommunen die
26 erforderlichen Mittel zur Verfügung haben, um Demokratie direkt erfahrbar werden zu lassen und
27 somit der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

1 Wenn EU-, Bundes oder Landesgesetzgeber höhere Standards – beispielsweise in der
2 Kinderbetreuung – durchsetzen wollen (was grundsätzlich zu begrüßen ist) müssen sie auch die
3 dadurch entstehenden Kosten vollständig tragen.

4 Durch das von der SPD- Bundestagsfraktion in der Großen Koalition durchgesetzte „Gesetz zur
5 weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen
6 Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes" wurde eine
7 finanzielle Entlastung der Kommunen eingeleitet. Dieser sehr zu begrüßende Erfolg der SPD reicht
8 aber nicht aus, um zu einer dringend erforderlichen Entschuldung vieler Kommunen zu kommen.

9 **Beschluss (einstimmig):**

10 *Annahme.*

11 **5.9. Bezirk Weser-Ems - Finanzausstattung der Kommunen neu regeln**

12 Der Landesparteitag fordert Land und Bund auf, für eine ausreichende und nachhaltige
13 Finanzausstattung der Kommunen Sorge zu tragen. Der finanzielle Lastenausgleich zwischen Bund,
14 Ländern und Kommunen ist neu zu regeln

15 **Beschluss (einstimmig):**

16 *Erledigt durch Beschlussfassung zu Antrag 4.1 und 4.2 des Landesparteitages vom 09.04.2016.*

17 **5.10. UB Osnabrück-Stadt - Stärkung der Finanzlage der Kommunen und** 18 **Bundesländer verbessern und Eigenstaatlichkeit verankern**

19 Bei der Steuerpolitik geht es um die Handlungsfelder aller staatlichen Ebenen. Doch viele
20 Kommunen und Länder sind aufgrund ihres hohen Schuldenstandes nicht mehr aktiv in der Lage,
21 ihre Handlungsfähigkeit zu behalten. Daher fordern wir im Rahmen der Bund-Länder-
22 Finanzbeziehungen:

- 23 1. einen Altschuldentilgungsfonds für Kommunen in Niedersachsen
- 24 2. der günstige Zinssatz des Bundes muss an die Länder und Kommunen weitergegeben
25 werden.
- 26 3. Besonders hochverschuldete Kommunen und Ländern müssen an vergünstigte Zinssätze
27 beteiligt werden, um ihre Schuldenbasis langfristig zu tilgen.

- 1 • Die Bundesländer sollen gemeinschaftliche Anleihen nutzen und damit gleiche Zinssätze für
2 alle zu schaffen. Ziel muss weiterhin bleiben, weniger Wettbewerb im Förderalismus in der
3 Refinanzierung.
- 4 • Die SPD Niedersachsen unterstützt in Zukunft „Länder-Jumbos“ und die Bund-Länder-
5 Anleihe
- 6 • In Niedersachsen soll geprüft werden, in wie weit eine Anleihe wie die „Ruhrpott“-Anleihe
7 verwirklicht werden kann.
- 8 • Steuern sind kein Selbstzweck – Steuervermeidung bekämpfen! Steuerschlupflöcher müssen
9 gestoppt werden und die gesetzlichen Regelungen, müssen nach Steuerschlupflöcher erneut
10 geprüft werden.
- 11 • Steuerbetrug ist kein Kavaliers-Delikt! Ankäufe der Steuer-CDs von Steuerflüchtlinge.

12 **Begründung:**

13 Auf dem letzten ordentlichen Landesparteitag in Oldenburg haben wir gemeinsam den Finanzantrag:
14 „Nachhaltige Finanzpolitik gestalten: Kräfte bündeln, Handlungsfähigkeit sichern“ beschlossen.
15 Aufgrund dieser Beschlusslage hat sich der Unterbezirk Osnabrück-Stadt weiterhin mit der
16 Finanzpolitik beschäftigt und u.a. eine Diskussion mit dem Finanzminister Peter-Jürgen Schneider
17 zum Länderfinanzausgleich organisiert. Die Ergebnisse der Diskussionen, sind nun in dem folgenden
18 Antrag formuliert und soll unsere Beschlusslage in einzelnen Punkten weiterführen.

19 **Beschluss (einstimmig):**

20 *Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion.*

21 **5.11. Unterbezirk Göttingen - Überlastung des Rechtsstaats beenden – mehr** 22 **Personal für Gerichte und Staatsanwaltschaften**

23 Wir fordern die Landesregierung zu einer umfassenden Evaluierung der Belastung von Gerichten und
24 Staatsanwaltschaften auf. Sollte sich der Verdacht einer erheblichen Überbelastung bestätigen,
25 rufen wir zudem die Landesregierung auf, die Stellenanzahl zu erhöhen, um der Arbeitsbelastung
26 Rechnung zu tragen.

27 **Begründung:**

28 Der Deutsche Richterbund (DRB) gibt als Schätzwert einen Mangel an rund 2000 Richter_innen und
29 Staatsanwält_innen im gesamten Bundesgebiet an. Ein demokratischer Rechtsstaat zeichnet sich in
30 seiner Gänze auch durch die Funktionsfähigkeit der Justiz aus. Ist ein Staat nicht mehr dazu in der
31 Lage, ausreichenden Rechtsschutz durch zumutbare Verfahrenslängen zu schaffen, so gibt er einen
32 Teil seiner rechtsstaatlichen Prinzipien auf. Das Recht auf effektiven Rechtsschutz ist ein in der
33 Verfassung garantiertes Grundrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m Art. 20 Abs. 3 GG), zu dessen Wahrung sich

1 der Staat verpflichtet hat. Es ist als Teil der unveränderlichen Staatsgrundsätze von schlichtweg
2 konstituierender Bedeutung.

3 Der deutsche Juristentag hat ebenfalls wiederholt festgestellt, dass es der Justiz an Personal und
4 Haushaltsmitteln mangelt. Der Staat darf sein Rechtssystem nicht durch eine unzureichende
5 Finanzierung vernachlässigen.

6 **Beschluss (bei 1 Enthaltung):**

7 *Annahme. Weiterleitung an: Landesregierung*

8 **5.12. Unterbezirk Göttingen - Gegen ein Familienwahlrecht – Stärkung der** 9 **Familienpolitik**

10 Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, sich entschieden von der Einführung eines so
11 genannten „Elternwahlrechtes“ zu distanzieren. Stattdessen sollte zur besseren Einbindung der
12 Jugend in die Politik die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie auf kommunaler Ebene
13 bereits vielfach erfolgreich geschehen, geprüft werden.

14 **Begründung:**

15 Die Idee, dass auch die Interessen Minderjähriger in der Politik Gehör finden müssen, ist eine
16 wichtige und richtige. Ein „Familienwahlrecht“, bei dem ein Elternteil im Namen jedes minder-
17 jährigen Kindes eine weitere Stimme abgeben darf, ist hierfür jedoch weder ein geeignetes noch ein
18 angemessenes Mittel.

19 Die Abgabe einer Stimme im Namen einer anderen Person verstößt direkt gegen die im Grundgesetz
20 verankerten Wahlrechtsgrundsätze der Unmittelbarkeit, Freiheit und Geheimheit. Dabei
21 widerspricht sie insbesondere jedoch dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Es kann nicht davon
22 ausgegangen werden, dass Eltern tatsächlich ihre Kinder fragen, welche 20 politischen Interessen sie
23 haben (je nach Alter des Kindes ist dies ja auch gar nicht möglich).

24 Vielmehr werden Eltern derjenigen Partei, die sie ohnehin präferieren, eine oder mehrere
25 zusätzliche Stimmen geben. Dies bedeutet nichts anderes, als dass Eltern minderjähriger Kinder
26 mehrfach wählen dürfen, was dem im Grundgesetz verankerten und für die Demokratie zentralen
27 Grundsatz der Gleichheit der Wahl, bei der die Stimmen aller Bürger*innen das gleiche Gewicht
28 haben, entgegensteht. Mehrfaches Stimmrecht von Eltern stellt einen unzulässigen Eingriff in die
29 Zählwertgleichheit („one wo*man one vote“) dar. Ein solches Zweiklassenwahlrecht, egal aus
30 welchen Gründen, ist in jedem Fall zu verhindern und auch nicht verfassungskonform zu erreichen.

31 Zusätzlich stellen sich zahlreiche praktische Probleme:

- 32 • Welches Elternteil darf die Stimme für das Kind abgeben (eine gemeinsame Abgabe
33 widerspricht ja wiederum dem Grundsatz der geheimen Wahl)?

- 1 • Wer hat dies im Streitfall zu entscheiden?
- 2 • Was passiert, wenn Jugendliche schon vor dem 18. Lebensjahr eine klare politische
- 3 Präferenz entwickeln, die der Eltern/des wählenden Elternteils entgegensteht?

4 Wenn den Stimmen von Kindern und Jugendlichen in der Politik mehr Gehör verschafft werden soll,
5 so kann dies über ihre unmittelbare Beteiligung an Wahlen geschehen, wodurch die oben genannten
6 Wahlrechtsgrundsätze der unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl gewahrt bleiben.

7 Es sollte daher über eine Herabsetzung des Wahlalters diskutiert werden, da sich z.B. auf
8 kommunaler Ebene in verschiedenen Regionen zeigt, dass auch Minderjährige durchaus in der Lage
9 zu einer politischen Willensbildung sind.

10 **Beschluss (bei 1 Enthaltung):**

11 *Annahme. Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand*

12 **5.13. Unterbezirk Göttingen - Vorratsdatenspeicherung ablehnen – Kein** 13 **Zurückfallen in alte sicherheitspolitische Reflexe**

14 Wir lehnen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ab und sprechen uns vehement
15 gegen eine Gesetzesinitiative in diese Richtung aus. Zusätzlich fordern wir die SPD-
16 Bundestagsfraktion auf, sich klar gegen die Vorratsdatenspeicherung zu positionieren.

17 **Begründung:**

18 Dass nach einem terroristischen Akt innerhalb der EU die Forderung nach einer
19 Vorratsdatenspeicherung wieder aufgewärmt wird, verwundert unter dem Gesichtspunkt, dass in
20 Frankreich die Vorratsdatenspeicherung mit 12-monatiger Speicherung im Rahmen der Gesetze zur
21 Terrorismusbekämpfung bereits Anfang 2006 eingeführt wurde und dies offensichtlich den Anschlag
22 auf Charlie Hebdo präventiv in keiner Weise verhindern konnte. Unterstützend hierzu kann auch
23 eine Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages im März 2011
24 herangezogen werden. Diese kam zu dem Ergebnis, dass die Einführung einer
25 Vorratsdatenspeicherung in keinem EU-Land zu einer signifikanten Änderung der Aufklärungsquote
26 von Straftaten geführt habe. Der sich gleichzeitig in großem Umfang ereignende Grundrechtseingriff
27 findet aber gleichwohl statt.

28 Daher sprechen wir uns klar gegen sicherheitspolitische Reflexe aus, die die Wiedereinführung der
29 Vorratsdatenspeicherung vorsehen. Es liegen keine Nachweise vor, dass Terrorakte mit
30 Vorratsdatenspeicherung verhindert worden wären, noch das dies in Zukunft in irgendeiner Art und
31 Weise der Fall wäre. Es geht hierbei grundsätzlich immer um die Frage der Balance zwischen Freiheit
32 und Sicherheit. Wenn die Sicherheit durch eine Vorratsdatenspeicherung jedoch in keiner Weise
33 gesteigert werden kann, so ist eine solche Abwägung gar nicht erst erforderlich. Vielmehr handelt
34 sich dann um einen grundlegenden Eingriff in die Freiheitsrechte der Menschen, den wir strikt

1 ablehnen. Die terroristischen Anschläge von Paris hinterlassen eine tiefe Verunsicherung und
2 Fassungslosigkeit über so viel Unmenschlichkeit. Dennoch ist es falsch, diese Verunsicherung nun für
3 eine weitere Debatte über die Einführung der Vorratsdatenspeicherung zu instrumentalisieren oder
4 dadurch falsche Vorstellungen von Sicherheit zu erschaffen.

5 Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges
6 Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art und Weise einschränkt und alle
7 betroffenen Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stellt. Zusätzlich birgt die Speicherung
8 von Telekommunikationsdaten durch die dabei entstehenden Datenmengen ein
9 unverhältnismäßiges Missbrauchsrisiko, das nicht mit vermeintlichen – aber nicht zu belegenden –
10 Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann.

11 Zur Aufklärung von Straftaten müssen stattdessen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft
12 und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet werden. Wir lehnen die
13 grundsätzliche, verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung, die sogenannte
14 Mindestdatenspeicherung, von Telefon- und Internetverbindungen ab, da sie mit den Grundwerten
15 der Sozialdemokratie nicht vereinbar ist. Eine großflächig eingesetzte technische Infrastruktur zur
16 Überwachung und Speicherung von Telekommunikationsdaten passt zudem nicht in unser Bild einer
17 modernen und solidarischen Gesellschaft.

18 Wir warnen davor, dass durch Forderungen nach einer umfassenden Vorratsdatenspeicherung die
19 langwierige inhaltliche und vertrauensbildende Arbeit von Netzpolitiker*innen innerhalb der SPD
20 zunichte gemacht wird. Des Weiteren weisen wir auf den Antrag des Bundesparteitags 2009 hin, der
21 unter anderem die Stärkung des bürgerlichen Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung
22 und ein Verbot der Weitergabe von Daten an staatliche Institutionen fordert. Wir alle sind auch im
23 Rahmen der Digitalen Agenda dazu aufgerufen, alte, fehlerhafte Konzepten zu überdenken und
24 neue, sozialdemokratische Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

25 Statt schärferer Sicherheitsgesetze fordern wir ein klares Bekenntnis zu demokratischen Freiheiten.
26 Die Vorratsdatenspeicherung stellt einen gravierenden und unverhältnismäßigen
27 Grundrechtseingriff dar. Wir wollen eine freie und offene Gesellschaft statt Angst, Misstrauen und
28 Überwachung. Die Anschläge in Frankreich dürfen daher nicht als Grund für hektischen Aktionismus
29 missbraucht werden.

30 ***Beschluss (bei 7 Gegenstimmen):***

31 *Erledigt durch Konvents-Beschluss und Gesetzgebung.*

32 **5.14. Kreisverband Wilhelmshaven - Offenlegung von Aufsichtsratsbezügen**

33 Alle Landtags- und Bundestagsabgeordnete sind zur Offenlegung ihrer Aufsichtsratsbezüge und der
34 daraus an die Partei abgeführten Beträge verpflichtet.

1 **Begründung:**

2 Die Wählerinnen und Wähler fordern mehr denn je ein erhöhtes Maß an Transparenz der Politiker.
3 Auch schon, um Vermutungen von Selbstbedienermentalitäten vorzubeugen, sollte die SPD mit
4 gutem Beispiel vorangehen und auf den genannten Ebenen die entsprechende Transparenz
5 verbindlich regeln.

6 **Beschluss (bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung):**

7 *Erledigt durch Praxis.*

8 **5.15. Kreisverband Wilhelmshaven - Offenlegung von Außertariflichen**
9 **Gehältern**

10 Gehälter von Geschäftsführern, Betriebsleitern und sonstigen Leitern öffentlicher Beteiligungen und
11 Einrichtungen mit Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand werden in den jeweiligen
12 Geschäftsberichten, soweit sie übertariflich sind, namentlich zu veröffentlichen.

13 **Begründung:**

14 Überall dort, wo Steuergelder angefasst werden, ist maximale Transparenz angebracht. Die Gehälter
15 der genannten Funktionsträger werden oftmals nicht-öffentlich ausgehandelt. Die gewählten
16 Volksvertreter verlieren damit den Einfluss auf die Verwendung von Steuergeldern. Die
17 Angemessenheit der Gehälter kann nicht durch einen direkten Vergleich mit anderen erfolgen, da
18 die Daten bisher nicht veröffentlicht werden.

19 **Beschluss (bei 4 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen):**

20 *Ablehnung.*

21 **5.16. Kreisverband Wilhelmshaven - Ausschreibung von Positionen im**
22 **Öffentlichen Dienst**

23 Positionen des öffentlichen Dienstes sowie in Einrichtungen mit Mehrheitsbeteiligung der
24 öffentlichen Hand sind grundsätzlich auszuschreiben. Ausnahmen davon sind in der Regel nur bei
25 persönlichen Referenten von Ministern, Staatssekretären und Hauptverwaltungsbeamten der
26 Kommunen sowie bei Pressesprechern vorzusehen.

27 Bewerbungen sind dabei i. d. R. in anonymer Form einzureichen.

1 **Begründung:**

2 Zum anonymen Auswahlverfahren verweisen wir auf Initiativen unserer Partei in Hamburg und
3 Bremen, auf Probeläufe der Bundesländer Berlin, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie
4 auf Erfolge bei der Anwendung in der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, in der
5 Stadtverwaltung Celle und in Arnsberg im Sauerland. Auch im Regierungsprogramm unserer Rot-
6 Grünen nieders. Landesregierung steht: „Auf Landesebene werden wir ein eigenes
7 Antidiskriminierungsgesetz schaffen und mit einem Modellprojekt zur anonymisierten Bewerbung
8 beginnen.“

9 **Beschluss (einstimmig):**

10 *Weiterleitung als Material an den SPD-Landesvorstand.*

11 **5.17. Jusos Niedersachsen - Für eine humane Gesellschaft in einem sicheren**
12 **und demokratischen Staat**

13 Die Vorfälle in der Silvesternacht in Köln, Hamburg und anderen Städten sowie die Anschläge in Paris
14 vor einigen Monaten haben eine teils hitzige Debatte zur öffentlichen Sicherheit in unserer
15 Gesellschaft angeschoben.

16 Gerade beim Thema Sicherheit ist die gefühlte Angst ein schlechter Berater. Die Diskussion sollte
17 ruhig, mit kühlem Kopf und sachlich geführt werden. Vor diesem Hintergrund sind unsere
18 Anforderungen an einen sicheren und demokratischen Rechtsstaat eindeutig.

19 **Ängsten in der Gesellschaft ernsthaft begegnen und Aktionismus zurückweisen**

20 Von vielen wird die Debatte um Sicherheit und die Diskussion um die Bewältigung der
21 Flüchtlingskrise mehr oder weniger unterschwellig als zwei Seiten derselben Medaille dargestellt.
22 Diese Aussage weisen wir als SPD als populistisch, fremdenfeindlich und menschenverachtend
23 zurück.

24 Ängste um die eigene Sicherheit im öffentlichen Raum sollten grundsätzlich ernst genommen
25 werden. Falsch ist es allerdings, fremdenfeindlichen Vorurteilen und Rassismus nachzugeben.

26 Das Pfefferspray in der Tasche ist ebenso wenig in der Lage nachhaltig für Sicherheit zu sorgen, wie
27 eine pauschale Ausweitung von Kameraüberwachung. Ein starker und präsenter Staat und eine
28 angemessen ausgestattete und sensibilisierte Exekutive müssen das Mittel der Wahl sein um die
29 Sicherheit zu stärken.

30 **Sensibilisierung der Polizei**

31 Die Vorfälle von Köln haben leider dazu geführt, dass eine längst überfällige Debatte über sexuelle
32 Belästigung nun instrumentalisiert wird. Es sind eben nicht nur „die Anderen“, über deren Verhalten

1 und Frauenbild nun diskutiert wird. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen gibt es in Deutschland nicht
2 erst seit der Silvesternacht. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für
3 Grundrechte (FRA), dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein
4 Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte.

5 Was wir nun brauchen, sind vor allem sinnvolle Maßnahmen zum Schutz und zur besseren
6 Betreuung der betroffenen Frauen.

7 Polizei und Justiz müssen geschult und sensibilisiert werden, damit es überhaupt erst zur
8 Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen
9 umgegangen wird.

10 **Personelle Ausstattung der Polizei**

11 Um die niedersächsische Polizei grundsätzlich zu verbessern und bürger_innennäher zu machen
12 bedarf zu aller erst einmal einer personellen Aufstockung. Viele öffentliche Debatten über
13 Gesetzesverschärfungen und härtere Strafen, wie zuletzt nach Vorfällen von Köln, kränken daran,
14 dass geltendes Recht viel zu oft nicht ausreichend angewandt werden kann. Der derzeitige Haufen
15 von Überstunden, der sich bei der niedersächsischen Polizei angesammelt hat, verdeutlicht, dass die
16 Personalplanung der Polizei nicht mit ihren Anforderungen übereinstimmt. Angesichts steigender
17 Belastung ist ein bloßer Ausgleich der Pensionierungen oder gar eine effektive Reduzierung des
18 Personals fehl am Platz.

19 Polizei sollte für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur bei bereits stattgefundenen Straftaten oder
20 bei Großveranstaltungen sichtbar sein, sondern auch wieder verstärkt präventiv arbeiten, sei es bei
21 der Beratung für Verkehrssicherheit oder Einbruchsprävention oder dem klassischen ‚Streife laufen‘.

22 Der Einsatz von sog. Hilfspolizist_innen kann hier nicht die Lösung sein. Der Staat sollte hoheitliche
23 Aufgaben nicht aus Personalmangel auf private Sicherheitsfirmen übertragen. Der aktuelle Versuch
24 mit privaten Kräften bei der Begleitung von Schwertransporten sollte daher von der SPD kritisch
25 begleitet werden.

26 **Schünemanns Erbe beseitigen: Für ein zeitgemäßes, demokratisches Versammlungsrecht!**

27 Am 1. Februar 2011 trat ein von CDU und FDP verabschiedetes neues niedersächsisches
28 Versammlungsgesetz in Kraft, welches eindeutig die Handschrift des damaligen Innenministers
29 Schünemann trägt und aus heutiger Sicht unbedingt geändert werden muss. Insbesondere die
30 Berechnung der 48-stündigen Anzeigefrist nach § 5 NVersG schränkt Menschen sehr darin ein, ihr
31 Anliegen auf die Straße zu tragen. Im Gesetz heißt es nämlich, dass wer eine Versammlung unter
32 freiem Himmel durchführen wolle, diese bei der zuständigen Behörde 48 Stunden vor Bekanntgabe
33 anzuzeigen hat. Bei der Berechnung der Frist werden in Niedersachsen Sonnabende, Sonntage und
34 gesetzliche Feiertage jedoch nicht mitgezählt. Dies kann zu einer erheblichen Vorverlagerung der
35 Anzeigepflicht führen.

36 Wer aber eine Veranstaltung anmeldet, möchte diese selbstverständlich auch in angemessener
37 Weise bewerben, um möglichst viele Menschen vorab zu erreichen. Die jetzige Frist behindert eine
38 effektive Mobilisierung allerdings gezielt und gefährdet den Erfolg von Kundgebungen und

1 Demonstrationen. Sie führt letztendlich dazu, dass Menschen ihr Grundrecht auf
2 Versammlungsfreiheit nicht in vollem Umfang wahrnehmen können, was in einer demokratischen
3 Gesellschaft nicht der Fall sein darf.

4 Wir fordern die SPD Niedersachsen darum dazu auf, eine Gesetzesänderung für §5 des
5 niedersächsischen Versammlungsgesetzes dahingehend zu formulieren, dass bestimmte
6 Wochentage, also Samstag und Sonntag, sowie gesetzliche Feiertage die Berechnung der
7 Anzeigefrist nicht in die Länge ziehen. Ferner muss das Vermummungsverbot für Versammlungen
8 abgeschafft werden, da es eine pauschale Unterstellung und Vorverurteilung für alle diejenigen ist,
9 die ihr im Grundgesetz verbrieftes Recht auf Demonstration in Anspruch nehmen.

10 **Vertrauen in die Polizei stärken**

11 Des Weiteren müssen weitere Schritte gegangen werden und richtige Beschlüsse umgesetzt werden,
12 um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei zu stärken. Dazu gehört vor allem die
13 Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Kennzeichnung von Einsatzkräften in sog.
14 geschlossenen Einsätzen noch in dieser Legislaturperiode.

15 Auch muss die berittene Polizei abgeschafft werden. Zu oft ist in der Vergangenheit zu schweren
16 Verletzungen bei Menschen und Tieren gekommen. Die Einschüchterung von Menschen, die ihr
17 Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen, ist ein nicht hinnehmbarer Zustand, egal
18 wofür oder wogegen diese Menschen auf die Straße gehen. Ebenso ist es den Tieren nicht
19 zuzumuten, bspw. in Menschenansammlungen hineinzureiten oder sich offenem Feuer oder
20 Wurfgeschossen auszusetzen. Aus diesem Grund wird die berittene Polizei den heutigen Ansprüchen
21 nicht mehr gerecht.

22 **Beschluss (einstimmig):**

23 *Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion.*

24 **8. Gesundheit**

25 **8.1. Stadtverband Göttingen - Personelle Ausstattung in Psychiatrien**

26 Wir fordern die SPD-Landesregierung auf, sich für eine bessere personelle Ausstattung in den
27 psychiatrischen Krankenhäusern einzusetzen und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen zu
28 schaffen.

29 Für uns ist es unumgänglich, dass die Einhaltung der personellen Vorgaben gesetzlich
30 festgeschrieben und dies unter Androhung von Konsequenzen mit dringend zu installierenden
31 Kontrollmechanismen geprüft wird. Es ist sicherzustellen, dass das Personal tatsächlich vorgehalten

1 wird, das letztendlich finanziert wurde. Dies muss unabhängig vom Finanzierungssystem auf das
2 neue Entgeltsystem garantiert sein.

3 Die Vorhaltung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung ist eine Kernaufgabe der Länder und
4 gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Aus diesem Grund muss das Land auch konkrete Vorgaben
5 machen und die Einhaltung konsequent prüfen.

6 Die Krankenhausstrukturreform benennt ausdrücklich die Einrichtung landesrechtlicher
7 Qualitätsvorgaben (Struktur-, Ergebnis- und Prozessqualität). Dies erfordert sinnvolle
8 Kontrollmechanismen, welche auf keinen Fall einem Selbstzweck dienen dürfen.

9 Die abschließende Verantwortung der Kontrolle zur Einhaltung der Qualitätskriterien muss beim
10 zuständigen Ministerium liegen. Wir fordern daher die SPD-Landtagsfraktion auf dies auch
11 entsprechend zu installieren und alle Möglichkeiten zu nutzen, um die berechtigten Bedürfnisse der
12 Menschen zu priorisieren. Dies entspricht bereits jetzt einem Grundsatz der Bestimmungen zur
13 gesetzlichen Krankenversicherung (§ 70 SGB V Qualität, Humanität und Wirtschaftlichkeit).

14 Für die Prüfung der Einhaltung von Qualitätsstandards in Psychiatrien ist die direkte Beschäftigung in
15 diesen nicht erforderlich. Wir halten die Besuchskommission nicht für das geeignete Gremium als
16 abschließende Kontrollinstanz, da wir die Unabhängigkeit insbesondere auf Grund der
17 Zusammensetzung nicht gewahrt sehen. Es darf nicht sein, dass - wie aktuell noch gängig –
18 arbeitgebernahe Angestellte Mitglieder der Besuchskommission sind.

19 Darüber hinaus sollten einmal pro Quartal die durchschnittliche krankenkassenfinanzierte personelle
20 Ausstattung in Vollzeitkräften nach Berufsgruppen sortiert an das Ministerium gemeldet und
21 veröffentlicht werden.

22 Über die Krankenhausplanung hat das Land definierte Eingriffsmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt,
23 um Qualitätsstandards einzufordern.

24 Wenn nur Krankenhäuser in den Krankenhausplan aufgenommen werden dürfen, die garantieren,
25 eine entsprechende Versorgung der Patienten sicher zu stellen, muss es bei regelmäßig
26 auftretenden sowie gravierenden Mängeln stufenweise Sanktionen bis hin zur Herausnahme aus
27 dem Krankenhausplan geben, wie es das verabschiedete Krankenhausstrukturgesetz ausdrücklich
28 vorsieht.

29 Sollte es tatsächlich zu einer Herausnahme aus dem Krankenhausplan (teilweise oder vollständig)
30 kommen, muss das Land einen anderen Träger beauftragen. Es darf nicht möglich sein, dass eine
31 mögliche Unterversorgung als Druckmittel für schlechte Qualität, Gefährdung von Menschen und
32 Überbelastung des Personals herangezogen wird.

33 **Begründung**

34 In den letzten 20 Jahren ist die Zahl an psychiatrischen Erkrankungen und die Anforderungen an die
35 Behandlungen gestiegen. Dabei lässt sich feststellen, dass es nicht die vielleicht bekannteren
36 psychiatrischen Erkrankungen sind, unter denen die Menschen leiden, sondern eher

1 Erschöpfungssyndrome und Angststörungen. Dazu gibt es auf Grund des demographischen Wandels
2 eine stetig wachsende Zahl demenzieller Erkrankungen.

3 An die Beschäftigten in Psychiatrien und Psychotherapie (Ärztinnen/Ärzte,
4 Psychologinnen/Psychologen, Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter,
5 Krankenpflegerinnen/Krankenpfleger etc.) werden hohe Ansprüche gestellt und sie sind hohen
6 Belastungen ausgesetzt.

7 Sie haben ein enormes Maß an Verantwortung zu tragen und müssen in jedem Handeln die
8 Konsequenzen für die ihnen anvertrauten Patientinnen und Patienten im Blick haben. Diesen
9 gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, ist nur mit einer ausreichenden personellen
10 Ausstattung möglich.

11 Zentrale Aufgabe von Politik ist es Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Arbeit orientiert an den
12 Bedürfnissen der Betroffenen geleistet werden kann.

13 Denn eine Ökonomisierung des Systems mit einem Primat der Gewinnmaximierung kann nur zu
14 Lasten der Patienten gehen, was in keiner Weise im Sinne sozialdemokratischer Politik sein darf.
15 Zumindest die tatsächlich finanzierten Personalstellen müssen auch umgesetzt werden.

16 Die fehlende Umsetzung von Personalvorgaben steht regelmäßig (nicht nur im Rahmen der o.g.
17 Besuchsberichte) zur Diskussion. Insbesondere seit dem 2007 die acht Niedersächsischen
18 Landeskrankenhäuser (=NLKH's) - die der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung dienten –
19 verkauft wurden. Die Qualität der psychiatrischen Krankenhausversorgung war und ist seitdem -
20 trotz steigender staatlich-finanzieller Zuwendungen - wiederholt Thema:

21 **TAZ vom 10.06.2013:**

22 Unzureichende Betreuung von Suizidpatienten?

23 Assistenzärzte der Göttinger Asklepios Fachklinik für Psychiatrie und Psychotherapie bemängeln in
24 einem offenen Brief die dortige Patientenbetreuung.

25 **Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 06.03.2013:**

26 Kommission prangert unhaltbare Zustände in Psychiatrie Wunstorf an.

27 Die Kommission zur Kontrolle der Psychiatrien in Niedersachsen übt scharfe Kritik an den Zuständen
28 im Klinikum Wunstorf. In dem ehemaligen Landeskrankenhaus, das heute zum Klinikum der Region
29 Hannover gehört, wurde am 18. Januar eine große Zahl dementer Senioren angetroffen, die statt in
30 ihren Zimmern die Nacht in Gemeinschaftsräumen verbringen mussten - unter Neonlicht.

31 **NDR in „Hallo Niedersachsen“ 13.04.2014:**

32 Schwere Vorwürfe belasten Aneos Klinikum Hildesheim

33 Häufige Fixierungen, überlastete Krankenpfleger, vernachlässigte Patienten - das psychiatrische
34 Klinikum Aneos in Hildesheim ist nach Informationen des NDR Fernsehmagazins "Hallo

1 Niedersachsen" mit schweren Vorwürfen konfrontiert. Mehrere Beschäftigte und ehemalige
2 Patienten berichten übereinstimmend von einer angespannten Personalsituation, die zu Lasten der
3 Pflegequalität gehe.

4 Mit dem Verkauf der ehemaligen NLKH's wurde versucht vertraglich eine angemessene
5 Personalausstattung in den verkauften psychiatrischen Fachkliniken zu sichern. Die Verpflichtung
6 bezog sich auf die Umsetzung der sog. Psychiatriepersonalverordnung (Drucksache 15/3545 des
7 Niedersächsischen Landtages). Die Psychiatriepersonalverordnung ist derzeit das
8 Finanzierungsinstrument, welches zu einer angemessenen Personalausstattung in Psychiatrien führen
9 soll. Das LAG Niedersachsen (8 TaBV 120/13) stellte jedoch in seinem Beschluss vom 10.11.2014 bei
10 einem 2007 verkauften Krankenhaus fest, dass dort die Psychiatriepersonalverordnung ein bloßes
11 Instrument zur Erlangung möglichst hoher Zuwendungen darstellt und in keiner Weise zur
12 Personalplanung genutzt wird.

13 Hier zeigt sich eindrücklich, dass die tatsächliche Umsetzung vertraglich oder gesetzlich
14 festgeschriebener personeller Vorgaben einer unabhängigen und im Sinne der Patienten
15 durchgeführten Kontrolle bedarf. Derzeit ergibt sich für die Einrichtungen die Option die
16 Budgetplanung gar nicht zur Grundlage einer Personalbedarfsplanung zu machen und auf diesem
17 Weg Umsatzsteigerungen und Gewinne zu generieren (Vgl. auch Beschluss des ArbG Göttingen vom
18 06.01.2015, 2 BV 13/14). Auf diese Weise sollte keine medizinische oder pflegerische Einrichtung
19 Gewinne generieren können bzw. dürfen.

20 Für uns ist es erschreckend aber unter diesem Gesichtspunkt nicht verwunderlich, dass in vielen
21 psychiatrischen Einrichtungen in Niedersachsen die personelle Ausstattung noch nicht einmal den
22 tatsächlich nach Psychiatriepersonalverordnung finanzierten Personalstellen entspricht und
23 Einrichtungen - entsprechend dem Bericht der Besuchskommission - z. T. völlig überbelegt sind.

24 **Beschluss (einstimmig):**

25 *Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion*

26 **8.2. UB Friesland - Breiteres Bewertungssystem bei Pflege-TÜV**

27 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Benotungssystem des
28 Pflege TÜV, durchgeführt durch den MDK, für die Senioren- und Pflegeheime in ein breiteres
29 Bewertungssystem geändert wird. Der medizinische Versorgungs- und Pflegebereich muss eine
30 eigene Bewertung bekommen, ebenso die soziale Betreuung und die Hauswirtschaft.

31 **Begründung:**

32 Zurzeit gibt es kaum ein Senioren- oder Pflegeheim, das beider Zertifizierung durch den MDK,
33 schlechter als mit der Note 1,6 bewertet wird. Es kann nicht sein, dass ein Druckgeschwür am Fuß
34 oder Rücken oder ähnliche medizinische Angelegenheiten ausgeglichen werden können durch z.B.

1 eine Speisekarte mit großer Schrift, einer gepflegten Terrasse im Garten oder einem gemütlichen
2 Kaffeenachmittag.

3 **Beschluss (einstimmig):**

4 *Annahme in geänderter Fassung:*

5 *Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Benotungssystem des*
6 *Pflege TÜV, durchgeführt durch den MDK, für die Senioren- und Pflegeheime in ein ~~breiteres~~*
7 *differenzierteres Bewertungssystem geändert wird. ~~Der medizinische Versorgungs- und Pflegebereich~~*
8 *~~muss eine eigene Bewertung bekommen, ebenso die soziale Betreuung und die Hauswirtschaft.~~*

9 **8.3. Bezirk Weser-Ems - Benotungssystem Pflege**

10 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Benotungssystem der
11 Pflege, durchgeführt durch den MDK, für die Senioren- und Pflegeheime in ein breiteres
12 Bewertungssystem geändert wird. Der medizinische Versorgungs- und Pflegebereich muss eine
13 eigene Bewertung bekommen, ebenso die soziale Betreuung und die Hauswirtschaft.

14 **Beschluss (einstimmig):**

15 *Erledigt durch Beschlussfassung zu Antrag 8.2.*

16 **8.4. Bezirk Weser-Ems - Bürgerversicherung**

17 Die SPD setzt sich weiter für die Umsetzung des Konzepts der Bürgerversicherung ein und fordert
18 insbesondere, dass auch Asylbewerber und Flüchtlinge vom ersten Moment ihrer Anwesenheit in
19 der BRD einen gleichwertigen Gesundheitsschutz wie alle Menschen genießen.

20 **Beschluss (einstimmig):**

21 *Erledigt durch Beschlusslage der Bundespartei und durch Beschlussfassung zu Antrag Nr. 2.1. des*
22 *Landesparteitages vom 09.04.2016*

8.5. Juso Landesverband - Verantwortung zeigen für eine emanzipatorische und regulative Cannabispolitik

Analyse

Hanf ist eine in Deutschland streng regulierte Pflanze, die unter hohe Auflagen gestellt wird. Ebenfalls sind alle Produkte, die man aus dieser Pflanze gewinnen kann, entweder verboten oder nur unter außerordentlichen Bedingungen zugelassen. Dabei wird die tausendjährige Geschichte dieser Kulturpflanze außer Acht gelassen. Hanf diente damals als Rohstoff, um natürliche Fasern zur Seil-, Segel- und Kleidungsproduktion herzustellen. Darüber hinaus wurde der Wirkstoff dieser Pflanze, auch bekannt als Cannabis, in der Apotheke zur Beruhigung und Schmerzlinderung verkauft. Im Zuge der Drogenprohibition erhielt diese Pflanze einen Illegalitätsstatus, der in einem UN-Vertrag festgeschrieben ist. Die direkten Folgen dieses UN-Vertrags äußern sich bis heute in einem unkontrollierten Drogen-Schwarzmarkt und einer repressiven Verfolgung aller, die mit Drogen in Berührung geraten. D.h., dass selbst Gelegenheitskonsument_innen und Suchtkranke von Strafanträgen der Justiz betroffen sind, die sich negativ auf ihr Leben auswirken. Ein weiterer Effekt des Schwarzmarkts ist, dass die Konsument_innen mit verunreinigten Drogen in Kontakt kommen und ein Wirkstoffgehalt der Drogen nicht zu begrenzen ist. Im Ergebnis wird der Gesundheit der Konsument_innen deutlich mehr geschädigt, als durch die reine Droge selbst. Zusätzlich geraten Konsument_innen weicher Drogen, wie z.B. Cannabis, auf dem Schwarzmarkt in Kontakt mit harten Drogen - wie Heroin oder Koks.

Cannabis ist Teil der Gesellschaft

Cannabis ist ein fester Bestandteil der Gesellschaft. Oft werden 'Kiffer_innen' immer noch als eine gesellschaftliche Randgruppe dargestellt, die sie aufgrund einer Konsument_innenzahl von ca. 8 Mio. Menschen nicht sein kann. Man darf nicht verkennen, dass das Drogenproblem ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Es werden nämlich unzählige Steuergelder für die Strafverfolgung der Konsument_innen als auch für die medizinische Versorgung der Suchtkranken und Opfern von gestreckten Drogen ausgegeben.

Hanf ist ein nachwachsender Rohstoff

Hanf besitzt ein ungeahntes Potential und kann auf vielfältige Art und Weise eingesetzt werden. Hanf ist nicht nur eine Droge, die konsumiert werden kann. Sie ist vielmehr eine Nutz- und Heilpflanze, die weitaus mehr ist, als eine Droge. Hanffasern zählen zu den resistentesten Fasern, die mensch in der Natur finden kann. Daneben besitzt diese Pflanze die Möglichkeit mit ihren tiefen Wurzeln, mineralarme Böden wieder mit Nährstoffen zu versorgen und könnte damit einen wichtigen Beitrag in der Landwirtschaft leisten.

Ein Alternativer Umgang ist möglich

Das Beispiel Portugal zeigt uns, dass ein alternativer Umgang mit suchtkranken Menschen möglich ist. In Portugal wurden Drogen entkriminalisiert und der Besitz bis zu einer gewissen Menge gelten als vollkommen straffrei. Sollte jemand negativ auffallen, so wird er vor ein Komitee gestellt, das aus Sozialarbeiter_innen, Mediziner_innen, Suchtexpert_innen und Jurist_innen besteht. Anhand dieses

1 Komitees wird die bestmögliche Beratung und das weitere Verfahren – passend auf den einzelnen
2 Fall zugeschnitten – gewährleistet. Die Entwicklung zeigt, dass die Konsument_innenzahl durch die
3 Entkriminalisierung nicht weiter angestiegen ist – Sie verzeichnet eher einen leichten Abwärtstrend.

4 **Cannabis in Deutschland**

5 In Deutschland gibt es die Regelung der 'Geringen Menge'. Die Grenze dieser kann jedes Bundesland
6 selbst festlegen. Sollte einE Konsument_in einen Drogenbesitz unterhalb dieser Grenze besitzen, so
7 kann die Strafanzeige eingestellt werden. Die Praktik zeigt jedoch, dass der/die Polizist_in in jedem
8 Fall dazu verpflichtet ist, Strafanzeige zu stellen. Auch wenn das Verfahren später eingestellt wird, so
9 ist das nicht mit einem Freispruch gleichzusetzen. Dieser Umstand kann sich in späteren Verfahren
10 oder einer Jobsuche negativ auswirken. Beispielsweise kann der Erwerb eines Führerscheins
11 verweigert werden.

12 **Cannabis, die verteufelte Droge**

13 Bereits 1994 widerlegte der BGH (Bundesgerichtshof) in einem Urteil die Einstiegsdrogenthese.
14 Selbst die BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) widerspricht der Annahme, dass
15 Cannabis zwangsweise zum Gebrauch von härteren Drogen führt. Dies ist einzig dem Umstand
16 geschuldet, dass man durch den Schwarzmarkt – während der Beschaffung – mit anderen Drogen in
17 Kontakt gerät. Zudem ist wissenschaftlich bewiesen, dass eine Überdosierung durch Cannabis
18 faktisch nicht möglich ist. Dabei sind ausschließlich die Inhalts- und Wirkstoffe von Cannabis
19 gemeint. Somit gibt es keinen registrierten Cannabistoten. Dass die Verbrennungsprodukte bei der
20 Konsumform des Rauchens schädlich sind, ist eine logische Schlussfolgerung. Es gibt weitere
21 Konsumformen, die absolut unschädlich sind, wie z.B. das vaporisieren, das die Cannabisblüten
22 lediglich verdampft und eben nicht verbrennt. Darüber hinaus ist die hohe Abhängigkeitsrate dem
23 Mischkonsum mit Tabak geschuldet und kann nicht auf reines Cannabis zurückgeführt werden.

24 **Deshalb fordern die Jusos Niedersachsen**

25 **1. Forschung zu medizinischen Zwecken und Einsatz als Medizin**

26 Aufgrund des medizinischen Potentials der Hanf-Pflanze erachten wir es als sinnvoll, diese Pflanze zu
27 Forschungszwecken vorbehaltlos zuzulassen. Gerade im Bereich der Schmerztherapie könnte
28 Cannabis einen enormen Beitrag leisten. Dabei wirkt das Cannabidiol (CBD), das ein schwach
29 psychoaktives Cannabinoid der Cannabis-Pflanze ist, in erster Linie schmerz- und krampflindernd und
30 wird heute schon in der Krebstherapie, aber auch bei Parkinson oder Tourette eingesetzt. Man kann
31 in den USA beobachten, dass diese Pflanze längst als Medizin zugelassen ist und anderen Menschen
32 ein lebenswertes Leben ermöglicht. Durch die Verwendung dieser natürlichen Produkte kann
33 oftmals auf chemische Arzneimittel, die mit erheblichen Nebenwirkungen verbunden sind,
34 weitestgehend verzichtet werden.

35 Durch eine staatliche Kontrolle von medizinischem Cannabis kann vielen Menschen in Deutschland
36 geholfen werden, die zuweilen keinen Rat mehr in ihrer medizinischen Behandlung wissen. Hierbei
37 möchten wir garantieren, dass der Zugang zu medizinischem Cannabis allen Patient_innen ermöglicht
38 wird, bei denen es nach ärztlichem Ermessen als sinnvoll erscheint und dem individuellen

1 Patient_innenwunsch entspricht. Die Ausgabe mittels der Ärzt_innen soll dabei rechtssicher erfolgen
2 können und gleichzeitig staatlich kontrolliert werden, so dass sich an dieser Stelle kein
3 Missbrauchspotential entfaltet.

4 **2. Regulierung der Droge Cannabis**

5 Wir fordern die Einrichtung staatlicher Abgabestellen, die einen effektiven Jugend- und
6 Verbraucher_innenschutz gewährleisten können sowie ein kritisches Konsummuster vorbeugen.
7 Hiermit soll ein bewussterer und risikoärmerer Konsum ermöglicht werden. Dabei hat die staatliche
8 Abgabestelle für eine Qualitätskontrolle der Droge Cannabis zu sorgen und Auskunft über
9 Wirkstoffgehalt und -verhalten zu geben, da durch die aktuellen Verhältnisse eine wirksame
10 Kontrolle gar nicht erst möglich ist. Die Konsument_innen können dadurch vor verunreinigtem
11 Material geschützt und über das jeweilige Cannabis-Produkt ausreichend informiert werden.
12 Zusätzlich lassen sich durch eine staatliche Regulierung einerseits Steuergelder sparen, die für die
13 repressive Strafverfolgung aufgewendet werden müssen, und auf der anderen Seite werden
14 Gerichte und Strafverfolgungsbehörden von unnötigen Verfahren entlastet. Zusätzlich werden die
15 Gesundheitskosten massiv gesenkt, da die Konsument_innen kein gestrecktes Cannabis
16 konsumieren, das beispielsweise mit Blei, Haarspray oder Zuckerwasser versetzt wurde. Darüber
17 hinaus besteht die Möglichkeit, auf Cannabisprodukte Steuern zu erheben, um staatliche
18 Mehreinnahmen zu generieren. Die Höhe der Steuern sollte sich jedoch in einem gewissen Rahmen
19 bewegen, so dass das Angebot des Schwarzmarkts nicht wieder an Attraktivität gewinnt.

20 Es sollte ebenfalls kommerziellen Produzent_innen erlaubt sein, unter strengen Auflagen und
21 unangemeldeten Kontrollen Abgabestellen einzurichten. Besonders Menschen, die viel Erfahrung in
22 diesem Gebiet besitzen und bestens über die Bedürfnisse der Konsument_innen Bescheid wissen,
23 sollten bevorzugt als kommerzielle Produzent_innen berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird es
24 ermöglicht, unzählige neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen, die die Wirtschaftsleistung beleben
25 würden. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass eine staatliche Kontrolle von der Produktion bis zur
26 Veräußerung an die Konsument_innen einzuhalten ist. Kommerzielle Produzent_innen sollten sich
27 jedoch registrieren müssen, und zwar nicht nur zum Zwecke der Qualitätskontrolle, sondern auch
28 um eine Umlenkung der Produktion für den illegalen Gebrauch zu verhindern und den Nachweis
29 legitimer Produktion gegenüber exekutiven Behörden zu ermöglichen. Sollte ein Missbrauch durch
30 staatlicher Seite festgestellt werden, so ist der Staat im Stande, seine vergebene Verkaufslizenz
31 wieder zu entziehen.

32 **3. Therapie und Aufklärung anstatt Repression**

33 Die Bundesrepublik Deutschland verwendet zwei Drittel aller öffentlichen Gelder, die zur
34 Eindämmung des Drogenproblems verfügbar sind, für repressive Maßnahmen. Daran wird der
35 Schwerpunkt Deutschlands erkenntlich. Wir fordern daher, dass die Droge reguliert wird und somit
36 die Gelder für repressive Maßnahmen in die Bereiche der Aufklärung und Therapie fließen. Die
37 Erfahrung hat gezeigt, dass Verbote kontraproduktiv sind und genau das Gegenteil bewirken.
38 Deswegen erachten wir eine vollumfassende Aufklärung und die Beseitigung von Dogmen und
39 stereotypischen Ansichten als sinnvoll. Eine Grundüberzeugung der Jusos ist eine aufgeklärte Welt,
40 in der Menschen reflektiert über ihr Tun entscheiden. Dieses ist jedoch erst dann möglich, wenn wir
41 die oben genannte Forderung verwirklichen. Zudem wollen wir das Therapiesystem ausbauen und

1 stärken. Denn nur ein finanziell solides Therapiesystem ist im Stande, effektiv und nachhaltig
2 suchtkranken Menschen zu helfen und ihr kritisches Konsummuster einzudämmen. Darüber hinaus
3 besteht die Möglichkeit, die eingenommenen Steuern durch den Verkauf von Cannabisprodukten
4 ebenfalls für Therapie- und Aufklärungsangebote zu verwenden.

5 **4. Eigenproduktion in gewissen Grenzen erlauben**

6 Wir fordern, dass die Eigenproduktion für den Eigenbedarf der Droge Cannabis in gewissen Grenzen
7 erlaubt werden sollte. Gerade Menschen, die auf diese Droge als Medizin angewiesen sind, erhalten
8 durch die Eigenproduktion die Möglichkeit, ihr Arzneimittel kostengünstig herzustellen. Momentan
9 ist es so, dass Cannabis-Patienten_innen, die überhaupt eine Lizenz erhalten konnten, meistens
10 nicht genug Geld haben, um sich die teuren Cannabis-Produkte aus der Apotheke zu leisten. Aus
11 diesem Grund ist es nicht nachzuvollziehen, wieso es Menschen verwehrt wird, Cannabis anzubauen,
12 so lange es in einem gewissen Rahmen passiert und der Jugendschutz eingehalten wird.

13 **5. Keine Diskriminierung von Cannabis-Konsument_innen im Straßenverkehr**

14 Die Jusos Niedersachsen empfinden es als notwendig, eine allgemeingültige Regelung für Cannabis
15 im Straßenverkehr zu finden. Für Alkohol gibt es bereits Grenzwerte, die entscheiden, in welchem
16 Rahmen das sichere Führen eines Kfz noch möglich ist. Wir fordern eine vergleichbare Regelung, um
17 die Diskriminierung der Konsument_innen zu stoppen. Bekanntermaßen endet der Rausch von
18 Cannabis nach einigen Stunden. Der Wirkstoff kann jedoch bei regelmäßigem Konsum bis zu einem
19 Monat im Blut nachgewiesen werden, d.h. auch dann, wenn der/die Konsument_in sich im
20 Straßenverkehr bewegt und dabei gar keinem Rauschzustand ausgesetzt ist. Daher erachten wir es
21 als sinnvoll, einen Grenzwert festzulegen, der den THC-Gehalt in mg/L im Plasma misst. Dabei gilt es
22 zu ermitteln, ab welchem Grenzwert der/die Konsument_in eindeutig unfähig ist, ein Kfz sicher zu
23 führen. Dieser Wert sollte als obere Grenze eingesetzt werden. In der Vergangenheit wurden
24 Konsument_innen der Führerschein entzogen, obwohl sie ein Kfz mit klarem Verstand geführt
25 haben. Diese Ungerechtigkeit wollen wir zukünftig verhindern.

26 **6. Die SPD in die Pflicht nehmen**

27 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für die hier genannten
28 Forderungen einzusetzen. Eine entsprechende Initiative soll in die Koalition und den Landtag sowie
29 Bundesrat eingebracht werden. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit dem „Bremer-Modell“, das
30 im rot-grünen Koalitionsvertrag in Bremen formuliert wurde, und verpflichten die niedersächsische
31 SPD dieses auf weitere Bundesländer auszudehnen – bis es zu einer bundesgesetzlichen Regelungen
32 kommt.

33 **Beschluss (bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen):**

34 *Annahme in folgender Fassung:*

35 *Der SPD-Landesparteirat unterstützt den Einsatz von Cannabinoiden nur bei medizinischer Indikation*
36 *zur Schmerztherapie und Krebsbehandlung.*

1 *Diese Kosten sind im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung zu tragen.*

2 **11. Sonstiges**

3 **11.1. UB Northeim-Einbeck - Schluss mit unnötigen Doppelstrukturen: Berlin-** 4 **Bonn-Gesetz aufheben**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Das Berlin-Bonn-Gesetz soll überprüft werden, um kostenintensive Doppelstrukturen abzuschaffen
7 und soweit betriebswirtschaftlich sinnvoll, alle Ministerien in Berlin konzentriert werden. Die
8 dadurch freiwerdenden Mittel sollen vorrangig für soziale Infrastruktur genutzt werden.

9 **Begründung:**

10 Erfolgt mündlich.

11 **Beschluss (einstimmig):**

12 *Annahme.*

13 **11.2. UB Northeim-Einbeck - Stärkere internationale Ächtung der** 14 **Todesstrafe**

15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

16 Mittlerweile besteht in der westlichen Welt weitestgehend Konsens darüber, dass die Todesstrafe
17 als Strafe ein unzulässiger Eingriff in das Leben eines Menschen ist. Leider existiert sie in vielen –
18 auch westlichen! - Staaten noch immer. Wir fordern daher:

- 19 4. Einen stärkeren politischen Druck auf Staaten, in denen es die Todesstrafe gibt,
- 20 5. sich zunächst auf dem Verhandlungswege für die gänzliche Ächtung der Todesstrafe
21 einzusetzen,
- 22 6. ansonsten gegebenenfalls auch (politische) Sanktionen zu prüfen,
- 23 7. in allen internationalen Verträgen und Gesetzestexten, die noch immer die Möglichkeit der
24 Todesstrafe beinhalten, dies zu ändern.

1 **Begründung:**

2 Erfolgt mündlich.

3 **Beschluss (einstimmig):**

4 *Annahme.*

5 **11.3. UB Northeim-Einbeck - Einschränkungen der Bürger-, Menschen- und**
6 **Freiheitsrechte nicht weiter vorantreiben**

7 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

8 Alle Entscheidungsgremien der SPD, aber besonders die SPD-Fraktion im Bundestag werden
9 aufgefordert, alle sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, die Einschränkungen der Bürgerrechte,
10 sowie der Menschen- und Freiheitsrechte nicht weiter voranzutreiben, sondern im Gegenteil gerade
11 und vehement für die Grundsätze der SPD einstehen.

12 **Begründung:**

13 Erfolgt mündlich.

14 **Beschluss (bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen):**

15 *Nicht-Befassung.*

16 **11.4. Bezirk Weser-Ems - Aufhebung des Friedhofszwangs in Niedersachsen**

17 Die Landtagsfraktion wird beauftragt, die Aufhebung des Friedhofszwanges nach Bremer Vorbild
18 in Niedersachsen zu prüfen.

19 **Beschluss (bei 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen):**

20 *Ablehnung.*

11.5. SPD-Bezirk Hannover - We Want Sex Equality! – Grundlagen einer feministischen Gesellschaft

Frauen nehmen heute exponierte Positionen in verschiedenen Bereichen ein, allen voran unsere Bundeskanzlerin. Aber auch in der Wirtschaft haben es Frauen in Spitzenpositionen geschafft. Dennoch schlägt dies nicht auf die übrige Gesellschaft durch, sie bleiben eine Rarität. Die Frauen, die es bis in die vorderste Reihe geschafft haben, werden vor allem mit männlichen Attributen belegt. Sie mussten sich in Männerdomänen durchsetzen und dementsprechend die dort vorherrschenden Verhaltensweisen aneignen. Jungen Frauen fehlen aber tatsächliche Vorbilder und damit auch Fördererinnen.

#chauvis-in-die-tonne

Gleichberechtigung ist noch nicht in der Gesellschaft angekommen. Bester Beleg dafür ist die letztjährige AFDKampagne „Ich bin keine Feministin...“. Die gezielte Förderung von Frauen hat ein deutlich negatives Ansehen in einigen Teilen der Bevölkerung. Insbesondere ist die Vorstellung verbreitet, die Gleichberechtigung sei bereits erreicht und Feministinnen würden nur immer mehr fordern. Schließlich hätten Frauen heute doch die gleichen Rechte wie Männer, diese müssten sie nur entsprechend nutzen. Fest verankerte Rollenbilder und Ungleichheiten werden dagegen kaum wahrgenommen oder unter den Teppich gekehrt. Das gesellschaftliche System benachteiligt aber nach wie vor Menschen, welche introvertierter und selbstkritischer sind. Dies betrifft in besonderem Maße Frauen. Deshalb wollen und müssen wir Jusos als feministischer Richtungsverband allen Relativierungen und Verklärungen gesellschaftlicher Missstände entschieden entgegenzutreten. Unsere feministischen Ideale sind noch lange nicht erreicht und deshalb gilt es dafür entschlossen zu kämpfen – Trotz allem!

Gleichberechtigung hört bei Wahlen nicht auf – Reißverschluss bis zum Schluss!

Selbst in unserer Partei sind wir noch weit von echter Gleichberechtigung entfernt. Schaut man auf die Wahllisten fällt auf, dass die Listen selber zwar quotiert werden, aber bei den Nachrückerplätzen diese Regelung umgangen wird. In unserem Verband ärgern sich Männer, wenn ausdrücklich zu einem Frauenseminar eingeladen wird. Unter Männern sind vielfältige, lange gefestigte Netzwerke vorhanden, sei es im Beruf oder eben im politischen Bereich. Frauen dagegen fehlt bis heute regelmäßig eine solche Unterstützung, was ihnen zum deutlichen Nachteil gereicht. In unseren Unterbezirken immerhin schaffen es Frauen auf viele wichtige Positionen, aber hier zeigt sich wiederum eine negative Wahrnehmung der Quote bei den Männern auf Grund der gezielten Besetzung mit Frauen.

Erste Triumphe und weitere Ziele – Frauen an die Macht!

Unsere Generation ist in einer Zeit aufgewachsen, in der viele Errungenschaften der Frauenbewegungen als selbstverständlich empfunden werden, welche aber noch keine sehr alten Siege sind, für die Frauen jahrelang kämpfen mussten und die lange Zeit als unerreichbar galten. Deshalb müssen wir uns heute umso mehr dafür einsetzen, dass Gleichberechtigung auch weiterhin ein gesamtgesellschaftliches Ziel bleibt und wir uns nicht auf dem bisher erreichten ausruhen!

1 **Erwerbsarbeit ist zentral – auch für die Gleichberechtigung**

2 Ein zentraler Faktor der Machtverteilung ist in unserer Gesellschaft die Verteilung der Erwerbsarbeit.
3 Wenn wir Gleichstellung wollen, müssen wir daher zunächst in der Arbeitswelt für gerechtere
4 Bedingungen sorgen. Für die Arbeitszeitmodelle des 21. Jahrhunderts gibt es aus feministischer Sicht
5 einen zentralen Fokus: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zum einen ist dieser Aspekt nach
6 wie vor einer, der leider bis heute vor allem für Frauen beim Fortkommen in der Karriere ein
7 unüberwindbares Hindernis darstellt. Zum anderen ist eine gleichberechtigte Arbeitsteilung im
8 privaten Bereich zwischen Paaren sowie im beruflichen Leben zwischen Männern und Frauen erst
9 dann in greifbare Nähe, wenn es gelingt, dass die Übernahme von Aufgaben im privaten Bereich für
10 alle Menschen gleichermaßen möglich und auch selbstverständlich wird. Erst wenn aus Sicht von
11 Unternehmen mit jungen Männern das gleiche „Familien-Gründungsrisiko“ verbunden wird, wie mit
12 jungen Frauen, kann es zu einer gleichberechtigten gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung der
13 Erwerbsarbeit kommen.

14 Dazu müssen wir die zu hohe Wochenarbeitszeit überdenken und über eine 32-Stunden-Woche
15 diskutieren. Im europäischen Vergleich hat Deutschland hohe Wochenarbeitsstunden und die
16 meisten Überstunden. Viele junge Frauen wollen in ihrer Karriere vorankommen, aber nicht auf
17 Kinder verzichten; beides funktioniert oftmals nicht und so stehen die meisten Frauen wieder vor
18 der Entscheidung, ihnen bleibt dann nur noch die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung um nicht
19 ganz auf berufliche Selbstverwirklichung zu verzichten. Neben der Arbeitszeitverkürzung sind die
20 wachsenden Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeitszeiten ein wichtiges Segment.
21 Flexibilisierung und Verkürzung der Wochenarbeitszeit dürfen dabei insbesondere vor den
22 Chefetagen nicht Halt machen - auch die Führungspositionen müssen gleichberechtigt zugänglich
23 sein. Auf der anderen Seite muss über eine gesamte Umverteilung der Erwerbsarbeit nachgedacht
24 werden.

25 **Frauen als „Anhängsel“ sind so 60er – Sicherungssysteme fit machen für das 21. Jahrhundert**

26 Das bestehende Grundproblem der patriarchalischen Gesellschaft ist eine ungerechte Verteilung.
27 Diese wird nicht zuletzt die Ausrichtung der Familienpolitik auf das Einverdienermodell befördert.
28 Leistungen wie Betreuungsgeld, Ehegattensplitting und beitragsfreie Mitversicherung tragen dazu
29 bei, die ungleiche Machtverteilung zu zementieren. Statt weiterer Belohnungsleistungen zu
30 etablieren muss hier umgedacht werden und durch Sachleistungen Familien gezielt dort unterstützt
31 werden wo es wirklich nötig ist. Unsere Familienpolitik hat sich an der pluralistischen Gesellschaft zu
32 orientieren und daher jede Form der Familie gleichermaßen zu fördern.

33 **„Ich will Feuerwehrfrau werden!“ – Geschlechterdomänen aufbrechen und überwinden**

34 Als typische Frauenberufe verstandene Beschäftigungsfelder haben ein geringes Ansehen und
35 werden in der Regel auch eher schlecht bezahlt. Hier müssen wir ansetzen, mit angemessenen
36 Einkommen in sozialen Berufen. Eine gerechte, den Lebensunterhalt sichernde Entlohnung auch in
37 den bisher eher weiblich besetzten Tätigkeitsbereichen muss unser Ziel sein.

1 Daher fordern wir:

- 2 • ~~die 32-Stunden-Woche als neue~~ eine Verkürzung der Wochenmaximalarbeitszeit ~~—wobei die~~
3 ~~Arbeitsauslastung nicht einfach durch Überstunden ausgeglichen werden darf.~~
- 4 • ~~darán anschließend, die Überwindung des Acht-Stunden-Tages.~~
- 5 • dass diese Umverteilung von flexibleren Arbeitszeitmodellen, Job-Sharing-Modellen und
6 damit mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse begleitet wird.
- 7 • die Familienpolitik umfassend auf Grundlage eines gleichberechtigten Familienbildes
8 umzugestalten ist.
- 9 • eine Umverteilung, die die dominierenden patriarchalen Strukturen des Arbeitsmarktes
10 aufbricht und so ihre
- 11 • Überwindung einleitet.
- 12 • die so genannten Heimarbeitsplätze (auch Telearbeit genannt) nur mit ausdrücklicher
13 Zustimmung der Arbeitnehmer_innen
- 14 • einzurichten. Hierbei muss gewährleistet sein, dass geltende Standards des Arbeitsschutzes
15 und
- 16 • der Arbeitszeit nicht verletzt werden.
- 17 • dass die Flexibilisierung und die Umverteilung von Arbeitszeit an mehr Beschäftigte mit
18 verbesserter Kommunikation
- 19 • innerhalb des Unternehmens einhergeht.

20 **Beschluss (bei 1 Gegenstimme):**

21 *Annahme in o. s. geänderter Fassung.*

22 **11.6. Jusos Niedersachsen - Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen –** 23 **VW Flugzeugflotte in Deutschland registrieren!**

24 Die SPD Niedersachsen fordert die SPD-Landtagsfraktion und die SPD Mitglieder der
25 niedersächsischen Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die momentan aus acht
26 Flugzeugen bestehende auf den Cayman Islands registrierte und auf dem Braunschweiger
27 Flughafen beheimatete Flugzeugflotte in Deutschland registriert wird und nach deutschem
28 Recht und den hier gültigen Vorschriften betrieben wird.

29 **Begründung:**

30 Der VW Konzern betreibt mit Stand November 2013 eine aus acht Flugzeugen bestehende eigene
31 Flotte. Diese ist auf den Cayman Islands registriert und wird nach Deutschland vertriehen, die dadurch
32 entstehenden „Kosten“ werden in Deutschland als Ausgaben vermerkt und in der Karibik müssen
33 dafür keine Steuern gezahlt werden. Diese Modelle sind grundsätzlich zu verurteilen und sollten bei

1 Firmen welche sich teilweise im Besitz der öffentlichen Hand befinden überdacht und
2 schnellstmöglich abgebaut werden.

3 **Beschluss (einstimmig):**

4 *Annahme in folgender Fassung:*

5 *Die SPD Niedersachsen fordert den VW-Vorstand auf, die momentan aus acht Flugzeugen*
6 *bestehende auf den Cayman Islands registrierte und auf dem Braunschweiger Flughafen beheimatete*
7 *Flugzeugflotte in Deutschland registriert und nach deutschem Recht und den hier gültigen*
8 *Vorschriften betrieben wird.*
